

Ottmar Edenhofer

„Jenseits von Links und Rechts“

Neuere Diskussionen zu Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat

Die neue Regierung der Bundesrepublik Deutschland will sich an ihren Erfolgen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit messen lassen. Die wachsende Staatsverschuldung, die berechtigte Klage über die hohen Lohnnebenkosten und die bürokratischen Hemmnisse rufen zwar nach Reform, begrenzen aber auch zugleich den Handlungsspielraum der neuen Bundesregierung. Dennoch ist es nicht unmöglich, daß sie auch erreicht, was sie versprochen hat. Denn das Kunststück, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und zugleich den Wohlfahrtsstaat zu reformieren, ohne seine Grundpfeiler einzureißen, haben sozialdemokratische Regierungen zum Beispiel in den Niederlanden und Neuseeland bereits fertiggebracht.

Diese Regierungen haben Maßnahmen ergriffen, die im traditionellen politischen Koordinatensystem gleichermaßen „rechter“ als auch „linker“ Politik zugeordnet werden. In Neuseeland hat die sozialdemokratische Regierung Haushaltsüberschüsse erwirtschaftet, die Sozialleistungen auf die untersten Einkommensschichten fokussiert und die Gewerkschaften zu einer Politik der Lohnzurückhaltung verpflichtet. Dabei sollten krasse Einkommensungleichheiten ebenso vermieden wie auch Vollbeschäftigung erreicht werden.

Diese Politik jenseits rechter und linker Traditionen hat gezeigt, daß Vollbeschäftigung möglich ist. Das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ hat sich als haltlose Prophezeiung erwiesen. Während der 80er und 90er Jahre stiegen die Erwerbsquoten der Frauen und Männer in nahezu allen OECD-Ländern und haben einen historischen Höchststand erreicht. Nie zuvor in der Geschichte der Industriestaaten war die Erwerbsarbeit für Frauen und Männer gleichermaßen wichtig. Zwar standen diesem Angebot an Arbeitskräften keineswegs immer genügend Arbeitsplätze gegenüber. Dennoch, in den Niederlanden, in Großbritannien, den Vereinigten Staaten und in Neuseeland herrscht nahezu Vollbeschäftigung. Dagegen leiden Spanien, Frankreich und Deutschland unter der hohen Arbeitslosigkeit, die die Finanzierbarkeit ihrer Wohlfahrtsstaaten untergräbt.

In den Vereinigten Staaten mußten die Arbeitnehmer die Vollbeschäftigung mit stagnierenden Reallöhnen bezahlen; am Wachstum des Sozialproduktes partizipierten überproportional die Empfänger von Gewinneinkommen. Es ist wahr, in den Vereinigten Staaten wurden nicht nur Billigjobs – die sogenannten McJobs – geschaffen. Wahr ist aber auch, daß die meisten Arbeitsplätze am oberen und am

unteren Ende der Einkommenshierarchie entstanden sind. Die steigenden Gehälter der Spitzenverdiener und die sinkenden Löhne der Unqualifizierten haben sich im statistischen Mittel gerade aufgewogen. In den Niederlanden und in Neuseeland wurde die Vollbeschäftigung erreicht, ohne das Ausmaß an Ungleichheit in Kauf nehmen zu müssen, wie es in den USA selbstverständlich ist. Gleichwohl konnte die Langzeitarbeitslosigkeit weder in den USA noch in den Niederlanden oder Neuseeland vollständig beseitigt werden. Allen Ländern ist gemeinsam, daß vor allem die wenig qualifizierten Arbeitnehmer von Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut betroffen sind¹.

Bezeichnend ist daher, daß die sozialdemokratische Regierung der Niederlande die Langzeitarbeitslosen nicht nur vor Einkommensverlusten schützen, sondern ihnen durch Qualifikationen einen Zugang zum formellen Arbeitsmarkt verschaffen will. Man kann mit Recht über den Erfolg dieser Maßnahmen streiten. Unstrittig ist jedoch, daß in den OECD-Staaten weder die Erwerbsarbeit ausgeht noch die Bereitschaft der Menschen sinken wird, auf dem formellen Arbeitsmarkt Beschäftigung zu suchen. Vielmehr wird mangelnde Qualifikation zum hauptsächlichen Armutsrisiko. Die mangelnde Qualifikation als Armutsrisiko wird die soziale Frage in den Gesellschaften werden, die sich von Industrie- zu Wissensgesellschaften wandeln. In den Wissensgesellschaften hängt der Zugang zu Organisationen, der Erwerb von Einkommen und Vermögen vor allem vom Zugang zum Wissen ab. Es verdient darauf hingewiesen zu werden, daß vor noch nicht allzu langer Zeit in Industriegesellschaften auch mit relativ niedrigen formalen Schulabschlüssen Einkommen erzielt werden konnten, die sogar einen bescheidenen Wohlstand ermöglichten. Diese Zeiten neigen sich endgültig dem Ende zu, da die Produktionsbedingungen in den 80er Jahren Qualifikationen erfordern, die heute vor allem an Hochschulen oder Fachhochschulen vermittelt werden².

Anthony Giddens: Ein dritter Weg zwischen Neoliberalismus und Dirigismus

Das Beispiel der Niederlande zeigt, daß es einen Weg jenseits von links und rechts gibt. Anthony Giddens hat mit seiner Option „Jenseits von Links und Rechts“ ein sozialdemokratisches Projekt (vor)formuliert, als andere längst das „Ende des sozialdemokratischen Zeitalters“ prophezeit haben. In zwei seiner wichtigsten Bücher³ sucht er einen Weg zwischen neoliberalen Kapitalismus und wohlfahrtsstaatlichem Dirigismus. Es müsse doch möglich sein, eine gerechte Gesellschaft zu schaffen, die nicht im wohlfahrtsstaatlichen Dirigismus erstickt.

Giddens ist nicht nur Berater von Tony Blair, sondern auch einer der wichtigsten europäischen Sozialwissenschaftler, die eine Alternative zum herrschenden Neoliberalismus suchen. Dabei kommt es Giddens darauf an, die Suche nach einem Dritten Weg einzubetten in eine umfassende Analyse der Moderne: eine

Aufgabe, der er sein bisheriges wissenschaftliches Lebenswerk gewidmet hat. Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist dabei, daß die Moderne jene Grundlagen zerstört, die sie für ihr Bestehen benötigt: Die globale Umweltkrise, der jederzeit mögliche Gebrauch von Massenvernichtungswaffen, die globale Armut und die Unterdrückung der Menschenrechte sind für ihn die Symptome dieser Selbstzerstörung.

Das Risiko dieser Selbstzerstörung gäbe es ohne die Wissenschaft nicht, andererseits wären ohne die Wissenschaft zum Beispiel die globalen Umweltprobleme gar nicht wahrnehmbar. Durch ihre erweiterte Wahrnehmungsfähigkeit erzwingt die Wissenschaft Entscheidungen in Situationen, die frühere Generationen lediglich als „schicksalhafte Fügung“ – und damit menschlicher Entscheidung entzogen – wahrgenommen hätten. Durch die quantitative Ausdehnung dieses menschlichen „Entscheidungsraumes“ verändere sich die Wahrnehmung der Zeit. Die Zukunft wird einerseits zunehmend Gegenstand der Planung, andererseits bleibt die Zukunft insofern unsicher und unbeherrschbar, als sich die langfristigen Folgen der Vielzahl von Entscheidungen in komplexen Systemen nicht prognostizieren lassen. Der Versuch, die Zukunft zu beherrschen, „produziert“ neue Unsicherheiten und Risiken.

Durch diese Unsicherheit wird das Verhältnis zwischen Laien und Experten in einem konfliktreichen Prozeß neu bestimmt. Das technokratische Modell der Industriegesellschaft hatte ihre Experten – vor allem Ökonomen, Techniker und Naturwissenschaftler –, die beanspruchten, die Folgen von Entscheidungen abschätzen zu können, die weit in die Zukunft reichen. In die Gestaltung der Zukunft angesichts der globalen Risiken sind aber eine Vielzahl von Expertisen involviert, in der keine wissenschaftliche Profession einen Primat auf Zukunftsgestaltung hat behaupten können. Die dabei unvermeidliche Konfrontation mit Expertisen aus anderen Fachgebieten macht irgendwann jeden Experten zum Laien. Diese gegenseitige Entmachtung der Experten eröffnet nach Giddens den Bürgern neue Möglichkeiten der Mitgestaltung.

Es war das Verdienst der Ökologiebewegung, diese neuen Möglichkeiten der Mitgestaltung zu nutzen. Wer jedoch alte Städte restauriert, gegen den Bau von Flughäfen kämpft und sich um intakte Gemeinden sorgt, muß sich dabei auf die Institution der Wissenschaft stützen, auch wenn er „nur“ eine Lebensführung verteidigen will, die Rücksicht nimmt auf „Mensch“ und „Natur“. Der Kampf gegen den Bau eines Flughafens kann ebenso wenig ohne Experten geführt werden wie die Durchsetzung des Baus. Auch eine Lebensführung, die der Moderne ihre Verirrungen vorwirft, kann dies nur vor dem Forum der Wissenschaft. Jede der widerstreitenden Parteien – man denke ruhig an den Bau eines Flughafens – rekrutiert *ihre* Experten. Das Duell der Experten untergräbt aber die Autorität der Experten, zu Fragen der Lebensführung ein verbindliches Urteil abgeben zu können. Die „posttraditionelle“ Gesellschaft, die Traditionen nur verteidigen

könne, wenn sie der Wissenschaft nicht widersprechen, benötige daher vor allem Vertrauen. Giddens betont, daß zwar die Autorität der Wissenschaft in Frage gestellt werde, gleichzeitig aber ein Leben ohne Wissenschaft und Technik unmöglich sei. Vertrauen ist die knappe Ressource in der posttraditionalen Gesellschaft, in der Wissen und Expertise eine nie geahnte Bedeutung erhalten, aber auch ihre Legitimität ständig bestritten wird.

Wer die ambivalente Wirkung von Wissenschaft und Technik betont, wird auch das Wirtschaftswachstum nicht durchwegs positiv beurteilen können. Das Anliegen der Gleichheit ist für Giddens in den Industriegesellschaften mit der Schaffung des Wohlfahrtsstaates verbunden, der Wachstum voraussetze und wenigstens in der Vergangenheit selbst ein Wachstumsmotor war. Dieses Wachstum habe sich jedoch sowohl unter ökologischer als auch unter sozialer Rücksicht als kontraproduktiv erwiesen. Unter ökologischer Rücksicht ruiniere der ständig steigende Energieverbrauch sowohl die Ressourcenbasis der fossilen Energieträger als auch die Aufnahmefähigkeit der natürlichen Senken wie Boden, Luft und Wasser. Die Beschleunigung des Wachstumstempos zerstöre aber auch Lebensweisen, die positiv wahrgenommen und bewertet werden. Ein Wohlfahrtsstaat, der nur dann finanzierbar sei, wenn er auf Wachstum setze, zerstöre genau das, was er sichern solle, nämlich Wohlfahrt. Giddens plädiert nicht für ein statisches Gesellschaftsmodell. Er will Dynamik verbinden mit der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit. Am Problem der Verbindung von Innovation und Gerechtigkeit sind bereits viele Gesellschaftsentwürfe gescheitert – kein Wunder, daß Giddens dieser Frage einen breiten Raum widmet.

Mit dieser Option des „Sowohl-Als-auch“ hat er sich die scharfe Kritik „neoliberaler“ Wirtschaftspublizisten zugezogen. Warum, so fragen sie, einen Weg „dazwischen“ suchen? Die Marktwirtschaft mit Privateigentum, freier Preisbildung auf Güter-, Arbeits- und Kapitalmärkten sei ein konsistentes Konzept, das sich in der Praxis bewährt habe. Es käme vor allem in Europa darauf an, den „animal spirits“, den ungezähmten unternehmerischen Initiativen endlich freien Lauf zu lassen. Es mag ja sein, so argumentieren die Neoliberalen, daß die Verteilung von Einkommen und Vermögen ungleicher werde, aber Ungleichheit sei noch nicht Ungerechtigkeit. Es sei doch auch für unqualifizierte Arbeitnehmer besser, einen schlecht bezahlten Job zu haben als gar keinen. Der neue Weg jenseits von links und rechts sei nicht neu, sondern lediglich ein sublimen Zynismus, der im Gewand der guten Absicht doch nur die Übel perpetuiere, die zu bekämpfen er vorgibt: Arbeitslosigkeit, verminderte unternehmerische Dynamik und nicht finanzierbare Sozialleistungen.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß gerade ehemalige Thatcheristen den Reformprojekten von New Labour vorwerfen, sie seien nicht mehr als ein Thatcherismus mit lächelndem Antlitz. Das Urteil über Giddens ist also gefällt: das Projekt der freien Marktwirtschaft werde verwässert, aber nicht verbessert.

Zur Strafe wird auch dieser Ansatz auf den Haufen der vielen Dritten Wege geworfen, die bereits in den 60er und 70er Jahren gewogen und für zu leicht befunden wurden.

Dieses Urteil erweist sich jedoch falsch und das Strafmaß als unangemessen. Seine Kritiker verkennen, daß Giddens das Scheitern der Dritten Wege in den 70er Jahren sieht. Die Dritten Wege seien gescheitert, weil sie die Fähigkeit der Marktwirtschaft zur Selbstorganisation *unterschätzt* und die Fähigkeit der Politik, Vollbeschäftigung und wohlfahrtsstaatliche Absicherung gleichermaßen zu garantieren, *überschätzt* haben. Den Wohlfahrtsstaaten Europas, so Giddens, sei es nicht gelungen, die Armut zu bekämpfen. Die Wohlfahrtsstaaten werden von den Mittelschichten alimentiert und begünstigen vor allem diese. Giddens schließt sich darin sogar konservativen Kritikern an, die behaupten, der Wohlfahrtsstaat habe mit seinem Paternalismus Abhängigkeiten geschaffen und damit die Bekämpfung der Armut behindert. Es komme jetzt darauf an, der Armutsbekämpfung ein neues Leitbild, einen neuen Sinn zu geben. Dabei greift Giddens auf ein Beispiel aus Bangladesch zurück, das weltweit Aufsehen erregt hat und dem er auch für europäische Wohlfahrtsstaaten Modellcharakter zumißt. Giddens beschreibt dieses Projekt zu knapp, so daß Lesern, die mit Fragen der Armutsbekämpfung wenig vertraut sind, der „Witz“ dieses Projektes entgehen könnte. Es soll daher ein wenig ausführlicher dargestellt werden.

Banken für die Armen

Die Grameen-Banken wurden gegründet, um mittellosen Frauen Kredite zur Unternehmensgründung zu gewähren. Die Armen seien nicht kreditwürdig, meinten damals erfahrene Banker und sagten dem Projekt nur eine kurze Dauer voraus. Der Gründer der Grameen-Bank, der Ökonomieprofessor Muhammad Yunus, hielt die Armen für kreditwürdig. Er warf den kommerziellen Banken vor, durch Wucherzinsen die Armen daran zu hindern, ihre Kredite zurückzuzahlen; außerdem bringe ihnen niemand bei, wie man ein Unternehmen gründe⁴. Die Grameen-Banken helfen bei der Unternehmensgründung und erheben marktgerechte Zinsen – mit unerwartetem Erfolg. Die Rückzahlungsquote der Grameen-Bank erreicht bereits das Niveau kommerzieller Banken⁵. Die Frauen der Grameen-Banken bewiesen unternehmerisches Talent und Kreditwürdigkeit gleichermaßen. Diese Kleinunternehmen halfen den Frauen und ihren Familien, die Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Längst ist die Idee der Grameen-Banken zum Inbegriff einer neuen Idee der Armutsbekämpfung geworden. Nicht die mildtätige Gabe, sondern der Kreditvertrag ist zur zentralen Institution einer Armutsbekämpfung geworden, die Abhängigkeiten vermeiden und die Eigenkräfte stärken soll. In den USA wurden ähnliche Projekte in Ghettos mit überwiegend

schwarzer Bevölkerung begonnen. Dieses Beispiel zeigt, daß die „urkapitalistische“ Institution des Kreditvertrages verknüpft werden kann mit dem „linken“ Anliegen der Armutsbekämpfung.

Im Gegensatz zu diesem Beispiel sind die Überlegungen von Giddens zur Veränderung des Wohlfahrtsstaates jedoch eigentümlich konturlos. Es ist ihm zwar zuzustimmen, daß Arbeit, Familie, Geschlechter- und Generationenverhältnis sich grundlegend verändern werden; dieser soziale Wandel wird aber von Giddens nur kursorisch gestreift. Viele Sozialwissenschaftler würden in den Grundzügen der folgenden Analyse der Krise des Wohlfahrtsstaates zustimmen: Der Wohlfahrtsstaat bismarckscher Prägung gründet sich auf eine Reihe sozialer Voraussetzungen, die auch in seinen Ursprungsländern Kontinentaleuropas immer weniger Geltung beanspruchen können. Der Mann erwirtschaftet am Arbeitsmarkt einen Lohn, mit dem er seine Familie ernähren kann. Das Risiko von Krankheit, vorübergehender Erwerbslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit und Alter wird durch das System sozialer Sicherung abgedeckt. Die Einnahmen der Sozialversicherung werden im Umlageverfahren von den Löhnen erhoben. Seit Mitte der 80er Jahre sind die lohnfinanzierten sozialen Sicherungssysteme unter Druck geraten. Steigende Lohn(neben)kosten „zwingen“ die Unternehmen, Arbeit zu rationalisieren. Die Lohnpolitik als Rationalisierungspeitsche war in den 70er Jahren ein weitverbreiteter Topos, dessen sich vor allem gewerkschaftlich orientierte Wirtschaftspolitiker gerne bedienten. Während der 80er Jahre konnten die Rationalisierungsgewinne jedoch nicht mehr in Steigerungen des Produktionsvolumens umgesetzt werden (aus welchen Gründen auch immer), und die Unternehmen begannen zunehmend Arbeitskräfte zu entlassen. Der Anteil der Arbeitslosen, die langfristig in der Arbeitslosigkeit verblieben, nahm zu. Dies wiederum steigerte die Sozialausgaben, was wiederum zu hohen Ausgaben der Sozialleistungssysteme führte; die erforderlichen Einnahmen konnte sich die Sozialversicherung nur durch steigende Lohnnebenkosten beschaffen. Der Kreislauf wurde erneut in Gang gesetzt. Für viele Arbeitslose bedeutete dies, daß sie bereits in einer „Kultur der Armut und Arbeitslosigkeit“ verharren.

Die beiden niederländischen Sozialwissenschaftler Jelle Visser und Anton Hemerijck haben in einer eindrucksvollen Studie gezeigt⁶, wie die Niederlande versuchten, in vielen, zunächst erfolglosen Anläufen die Lohnnebenkosten zu reduzieren und Arbeitsplätze zu schaffen, bis Anfang der 90er Jahre der Durchbruch gelang. Durch den drastischen Abbau der Arbeitslosigkeit gewann die Regierung jene Handlungsfähigkeit zurück, die sie Anfang der 80er Jahre verloren hat. Dieses Beispiel auch anderer erfolgreicher Reformstaaten zeigt, daß Vollbeschäftigung gleichermaßen wichtig bleibt für die politische und soziale Stabilität. Denn die Teilhabe an der Gesellschaft ist ohne einen Zugang zum Arbeitsmarkt unmöglich. Darüber hinaus wurde versucht, durch Weiterbildung Langzeitarbeitslosen einen Wiedereinstieg in das Erwerbsleben zu ermöglichen. Gleichzeitig wurde die

finanzielle Unterstützung für die Langzeitarbeitslosen an strengere Voraussetzungen geknüpft. In den Reformbemühungen der Niederlande spielte der Arbeitsmarkt eine zentrale Rolle. Diese Bedeutung des Arbeitsmarktes wird von Giddens zu wenig wahrgenommen.

Auch hat Giddens wenig zu bieten, um neue soziale Konflikte auf dem Arbeitsmarkt darzustellen und zu bewerten. Dies mag auch damit zusammenhängen, daß er die neoklassische Ökonomie mit Neoliberalismus gleichsetzt. Eine Gleichsetzung, die er wohl unzutreffenderweise von neoliberalen Wirtschaftspublizisten übernommen hat, die meist wenig Neigung verspüren und selten die Fähigkeit besitzen, die neueren Theorieentwicklungen zu verfolgen. Erst vor kurzem haben zwei der herausragenden Vertreter des neoklassischen Paradigmas in einem bemerkenswerten Modell gezeigt, wie „unwahrscheinlich“ es ist, daß auf dezentralen Märkten bei flexiblen Preisen und Löhnen Vollbeschäftigung erreicht wird⁷. Die Sozialwissenschaftler Visser und Hemerijck zeigen empirisch, daß Gewerkschaften und Arbeitgeber in den Niederlanden durchaus so lernfähig waren, *kollektive* Tarifverträge auszuhandeln, die die Arbeitslosigkeit reduzierten. Vor dem Hintergrund dieser theoretischen Modelle und empirischen Belege verliert die von neoliberalen Publizisten so oft geforderte Flexibilisierung der Arbeitsmärkte erheblich an Plausibilität.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Giddens sieht zwar, daß die Neubestimmung der Erwerbsarbeit, des Generationen- und Geschlechterkonflikts Risiken produziert, vor denen das traditionelle Gehäuse des Wohlfahrtsstaates nicht schützt. Er übersieht jedoch die zentrale Bedeutung des Arbeitsmarktes einerseits für die Zukunft des Wohlfahrtsstaates, andererseits als Schlüsselinstitution zur Armutsbekämpfung. Giddens vermutet, daß die Verteilungskonflikte um das Sozialprodukt in der posttraditionalen Gesellschaft nicht mehr die Bedeutung haben werden wie in der Industriegesellschaft. Reformen sind aber immer mit gravierenden Verteilungskonflikten verbunden. Massive Verteilungskonflikte auf dem Arbeitsmarkt können jedoch eine ökologische Modernisierung verhindern. Die Unternehmen werden nämlich vor allem dann Arbeit rationalisieren, wenn sie sich steigenden Lohnforderungen und steigenden Sozialabgaben gegenübersehen; knappe Investitionsmittel werden dann nicht für die Einsparung von Energie verwendet. Welche gangbaren Wege könnte es dann noch geben, um Arbeitslosigkeit und Energieverbrauch gleichermaßen zu senken? Wer mit dem leichten Gepäck, das Giddens ihm bietet, unbeschwert zu einer Reform des Wohlfahrtsstaates aufbricht, wird schneller zum Bettler werden, als ihm lieb sein könnte. Seine Überlegungen könnten jedoch als Einladung an andere Sozialwissenschaftler verstanden werden, entsprechende Projekte auszuarbeiten.

Es bleibt das große Verdienst von Giddens, das Verhältnis von Innovation und Gerechtigkeit, von Effizienz und Solidarität, von Experten und Laien als ein „Sowohl-Als-auch“ bestimmt zu haben und nicht als ein „Entweder-Oder“. Freilich,

eine konsistente Alternative zum Neoliberalismus ist ihm damit noch nicht gelungen. Der Grund mag darin liegen, daß er die Ökonomie zu sehr den Ökonomen überlassen hat. Diese ist aber für die Lebensführung der Menschen zu wichtig, als daß sie nur das Geschäft der Ökonomen bleiben sollte. Die Wirtschaftswissenschaft selbst beginnt sich zu wandeln, sie beginnt Wissen als wichtige Ressource zu verstehen. Schon jetzt wird deutlich, daß wichtige neoliberale Dogmen fallen, wenn Wirtschaftswissenschaftler Innovation in ihren Modellen zulassen. Wird sie die „List der Vernunft“ eines Tages doch noch dahin bringen, den kreativen Menschen (wieder) zu entdecken? Der Skeptiker möge sich erinnern – arme Frauen können gute Unternehmerinnen sein!

ANMERKUNGEN

¹ F. Mester u. U. v. Suntum, Weichenstellungen für eine stabilitätsorientierte Beschäftigungspolitik (Gütersloh 1998).

² D. Cohen, Fehldiagnose Globalisierung. Die Neuverteilung des Wohlstandes nach der industriellen Revolution (Frankfurt 1998).

³ A. Giddens, Jenseits von Links und Rechts (Frankfurt 1997). In seiner neuesten Publikation bezeichnet Giddens sein Anliegen als einen Dritten Weg: *The Third Way. The Renewal of Society and Democracy* (Cambridge 1998).

⁴ Eine lebendige Schilderung dieser Gründung samt ihrer anfänglichen Fehlschläge bietet D. Bornstein, *The Price of a Dream. The Story of the Grameen Bank and the Idea that is helping the Poor to change their Lives* (New York 1995).

⁵ Eine ausführliche Darstellung und Bewertung dieses Projektes durch die Weltbank findet sich in: S. R. Khandker, B. Khalily, Z. Khan, *Grameen Bank. Performance and Sustainability* (Washington 1995).

⁶ Eine gute Darstellung dieses Experiments findet sich in dem vielbeachteten Buch von J. Visser u. A. Hemerijck, *Ein holländisches Wunder? Reform des Sozialstaates und Beschäftigungswachstum in den Niederlanden* (Frankfurt 1998).

⁷ F. Hahn u. R. Solow, *A Critical Essay on Modern Macroeconomic Theory* (Oxford 1995).